

**ZUR SACHE**

Im Dezember 2023 hatten UWD, Naturschutzbund und Alpenverein Beschwerde gegen die geplanten Gasbohrungen eingelegt. Im Jänner 2024 wies die OÖ Landesregierung den Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung ab. Im Februar 2024 erhoben UWD und Naturschutzbund Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht OÖ (LVwG). Dieses stellte einen Antrag auf Gesetzesprüfung an den Verfassungsgerichtshof. Im Dezember 2024 hob der Verfassungsgerichtshof die strittige Bestimmung des OÖ Naturschutzgesetzes, die die aufschiebende Wirkung von Beschwerden ausschließt, als verfassungswidrig auf. Im April 2025 wurde die Beschwerde vom Februar 2024 vom LVwG als gegenstandslos erklärt und das Verfahren eingestellt. Im Juni 2025 erhoben UWD, Naturschutzbund und Alpenverein dagegen eine außerordentliche Revision beim Verwaltungsgerichtshof.

# UWD: Revision soll Klarheit schaffen

**Gasbohrungen in Molln: Umweltorganisationen ziehen nun vor das Höchstgericht.**

MOLLN. Der Umweltdachverband (UWD) kritisiert die jüngste Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts OÖ (LVwG OÖ) rund um die Gasbohrungen in Molln und erhebt gemeinsam mit Naturschutzbund, Alpenverein und Greenpeace in Zentral- und Osteuropa eine außerordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof. „Aus unserer Sicht hätte das LVwG OÖ über potenzielle Verletzungen des Unionsrechts – insbesondere der FFH-Richtlinie – entscheiden müssen, denn es gibt zahl-



**Die Umweltorganisationen wollen Klarheit.** Foto: Fotokerschi.at/David Rauscher

reiche Hinweise darauf, dass im Gebiet der Testbohrungen mehr streng geschützte Arten leben, als in der behördlichen Prüfung berücksichtigt wurden“, kritisiert UWD-Präsident Franz Maier. „Wir werden uns weiterhin dagegen wehren, dass vor den Toren des Nationalparks Kalkalpen eine fossile

Industrielandschaft entsteht und obendrein Beschwerde-rechte von anerkannten Umweltorganisationen des Profits wegen untergraben werden.“ Die außerordentliche Revision soll das LVwG OÖ dazu verpflichten, Klarheit zu schaffen. Aus dem Büro von Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner heißt es dazu: „Die Naturschutzbehörde erlässt Bescheide nicht willkürlich oder aus politischen Gründen, sondern einzig aufgrund gesetzlicher und fachlicher Grundlagen, wie auch in diesem Fall. Wir leben dankenswerterweise in einem Rechtsstaat, und in einem solchen bleibt es jedem unbelassen, gegen einen Bescheid oder ein Urteil Rechtsmittel einzubringen.“